PROTOKOLL

über die 10. öffentliche Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, 13.09.2022, Stadthalle, Stadtteil Sachsenhausen

- **Wesentlicher Inhalt der Niederschrift nach § 33 (5) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse der Stadt Waldeck –**

Sitzungsbeginn: 20.04 Uhr

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Staude begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Durch Erheben von den Plätzen des am 03.08.2022 verstorbenen langjährigen Mandatsträgers Wilhelm Neuhaus wird gedacht.

Entschuldigt fehlen Stadtverordnete Emmeluth, Stadtverordnetenvorsteher Pilger, Stadtverordneten D. Hankel, Neuhaus, Schwechel und Ortsvorsteher Meermann (OW) und Drebes (NW). Für den OV Drebes ist stellvertretend Herr Pfeil anwesend.

Somit sind 26 stimmberechtigte Stadtverordnete anwesend.

Von der Verwaltung nehmen Bürgermeister Vollbracht, Hauptamtsleiter Wetekam und Florian Berger (Finanzabteilung) an der Sitzung teil.

Stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Staude unterbricht die Sitzung um 20:06 Uhr für Fragen der anwesenden Zuschauer und der Ortsvorsteher. Da keine Fragen gestellt werden, wird die Sitzung um 20:07 Uhr fortgesetzt.

Die ursprüngliche Sitzordnung hat Bestand.

Bürgermeister Vollbracht begrüßt ebenfalls die Anwesenden und teilt mit, dass der Magistrat beantragt, den Punkt

„Veräußerung des Grundstücks des ehemaligen Ferienkindergartens in Waldeck See“

- a) Vorstellung des Projekts (öffentlicher Teil)**
- b) Abstimmung (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)**

als Tischvorlage in der Sitzung zu behandeln. Dieser Punkt wird auf TOP 11 gesetzt.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Somit ergibt sich folgende

Geänderte TAGESORDNUNG:

1. Regionalentwicklung in der Region Kellerwald-Edersee
LEADER und Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Land
2. Kleine Anfragen
3. Genehmigung des Protokolls der Stadtverordnetensitzung am 21.07.2022

4. Bericht aus dem Magistrat
5. Gebührenkalkulation
Jährlicher Report – Satzungsjahr 2023
6. 1. Nachtrag zur Entgeltordnung für die Benutzung der Stadthallen, Bürgerhäuser, Dorfgemeinschaftshäuser und Gemeinderäume der Nationalparkstadt Waldeck
7. 1. Nachtrag zur Friedhofsordnung und 1. Nachtrag der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Nationalparkstadt Waldeck
8. Haushaltsvollzugsbericht der Stadt Waldeck – 2. Quartalsbericht 2022
9. Benennung und Widmung der zukünftigen Anliegerstraßen im Baugebiet „Salzäcker“ im Stadtteil Waldeck
10. Anfrage der SPD-Fraktion zur Jugendarbeit in der Nationalparkstadt Waldeck
11. Veräußerung des Grundstücks des ehemaligen Ferienkindergartens in Waldeck-See
 - a) Vorstellung des Konzeptes (öffentlicher Teil)
 - b) Abstimmung (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)
12. Verschiedenes

Zu Punkt 1:

Regionalentwicklung in der Region Kellerwald-Edersee LEADER und Fördermöglichkeiten von EU, Bund und Land

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Regionalmanagerin, Lisa Küpper, anwesend. Sie stellt das Projekt anhand der Beamer-Präsentation vor.

Stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Staude bedankt sich für die Vorstellung.

Seitens Stadtverordneten gibt es hierzu keine Rückfragen.

Stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Staude ermutigt, Anregungen für Fraktionen mitzunehmen.

Zu Punkt 2:

Kleine Anfragen

a) Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dirk Walter zur Erneuerung der Naumburger Straße im Stadtteil Netze

Bürgermeister Vollbracht beantwortet die kleine Anfrage:

Am 02.11.2021 ist eine Kleine Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung in Bezug auf die Planung und Ausführung zum Ausbau und der Erneuerung der Naumburger Straße im Stadtteil Netze gestellt worden.

Die Sanierung des Kanals und die Erneuerung der Wasserleitung ist Bestandteil des Haushaltsentwurfes 2022. Die Erneuerung der Naumburger Straße soll dann im Jahr 2023 erfolgen. Für die grundsätzliche Erneuerung der Straße ist Hessen Mobil verantwortlich. Die im Vor-

feld durchzuführenden Kanal- und Wasserleitungsarbeiten erfolgen in Verantwortung der Stadt.

Frage 1: Inwieweit ist der jetzige Stand der Erneuerung der Naumburger Straße einmal aus Sicht der Stadt Waldeck und aus der Sicht von Hessen Mobil?

Antwort: Für die Erneuerung der Kanal- und Wasserleitung hat die Stadt entsprechende Planungsaufträge erteilt. Vorgesehen sind die Bauarbeiten im Vorlauf zu den Straßenbauarbeiten im nächsten Jahr durchzuführen.

Nach den letzten Informationen von Hessen Mobil kommt es wegen Problemen bei den Bodenerkundung zu Verzögerungen. Dadurch ist eine Ausführung der Straßenerneuerung erst in 2024 zu erwarten.

Frage 2: Sind weitere Verzögerungen zu erwarten und wenn ja, welche?

Antwort: Aus heutiger Sicht sind keine Verzögerungen aus fachlichen Gesichtspunkten zu erwarten. Wie sich die wirtschaftlichen Entwicklungen auf die Umsetzung der Maßnahme auswirken, bleibt abzuwarten.

Die Zusatzfrage des Stadtverordneten Walter zur persönlichen Meinung der Stadt Waldeck beantwortet Bürgermeister Vollbracht.

Stadtverordneter Germann (FWG) erkundigt sich bzgl. des Bürgersteiges. Hierzu antwortet Bürgermeister Vollbracht, dass ein Bürgersteig aus Platzmangelgründen nicht geplant sei.

Auf Nachfrage zeigt sich der Ortsvorsteher Möller zufrieden.

b) Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dirk Walter zu Energieeinsparungen

Bürgermeister Vollbracht beantwortet die kleine Anfrage wie folgt:

Ab dem 01.09.2022 gilt die neue Energieeinsparverordnung, die der Bund beschlossen hat. Dadurch müssen Städte und Gemeinden nun einige Sparmaßnahmen umsetzen.

Frage 1: Inwieweit haben vor dem 01.09.2022 in der Stadt Waldeck zusätzliche Energieeinsparungen stattgefunden und in welchen Bereichen?

Antwort: Die Stadt Waldeck ist von den Auswirkungen der aktuellen Energiekrise sowohl als Verbraucher als auch in einer Vorbildfunktion betroffen. Möglichkeiten zur Energieeinsparungen waren aber auch schon vorher ständiges Thema und im Aktionsplan für die Klima-Kommunen Nationalparkstadt Waldeck festgelegt. Beispielhaft sei hier die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik, die Beschaffung von Elektrofahrzeugen im städt. Fuhrpark oder die Umstellung auf Brennwerttechnik bei verschiedenen Heizungsanlagen genannt.

Frage 2: Welche konkreten Verbrauchs- und Kosteneinsparungen sind ab dem 01.09.2022 eingeleitet worden, welche die Bürger entlasten und werden weitere Maßnahmen verfolgt, zum Beispiel in einem Energiecontrolling?

Antwort: Für alle öffentlichen Einrichtungen wird das allgemeine Nutzungsverhalten durch entsprechende Aushänge und Unterweisungen der ständigen Nutzer zur Energieeinsparung verbessert. Konkret festgelegt wurde durch den Magistrat:

- Die Heizzeiten und Raumtemperaturen in allen städtischen Gebäuden werden bedarfsgerecht entsprechend abgesenkt.
- Die Öffnungszeiten z.B. der Bücherei und der städt. Sauna werden reduziert.
- Die verlängerte Betreuungszeit bis 17:00 Uhr im Kindergarten Sachsenhausen könnte nach Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ggf. eingeschränkt werden.
- Die Betriebszeit der Weihnachtsbeleuchtung wird reduziert.
- Mit den Nutzern der Einrichtungen (Vereine, Gruppen, Verbände) sollen Gespräche dahingehend geführt werden, um die Belegungszeit der Einrichtungen zu optimieren und möglichst zusammenhängende Zeiten der Nichtnutzung zu erreichen, in denen die Raumtemperatur auf Vorhaltemperatur runtergefahren werden kann.

Dem Nutzerverhalten in den einzelnen Liegenschaften kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu.

Die Zusatzfrage des Stadtverordneten Walter zur Nachverfolgung/Kontrolle der Maßnahmen, beantwortet Bürgermeister Vollbracht.

Fraktionsvorsitzender Hamamiyeh Al-Homssi erkundigt sich, ob das mögliche Einsparpotential bei vorzeitiger Schließung der Kindergärten bereits kalkuliert ist. Bürgermeister Vollbracht informiert, dass sich das Einsparpotential aus der dann möglichen vorzeitigen Nachtabsenkung ergibt.

c) Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karina Momberg zum Umbau „Altes Rathaus“ in Freienhagen

Bürgermeister Vollbracht informiert hierzu wie folgt:

Die Umbaumaßnahmen am „Alten Rathaus“ in Freienhagen haben mittlerweile begonnen. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung wurde bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Umwelt darauf hingewiesen, dass ggf. die Fördergelder 2022 nicht in voller Höhe ausgeschöpft werden können und hierzu eine Fristverlängerung beantragt wird.

Frage 1: Ist eine Fristverlängerung der Fördergelder 2022 genehmigt worden, sodass diese in voller Höhe ausgeschöpft werden können?

Antwort: Aufgrund der derzeitigen Situation im Bausektor mit immensen Lieferschwierigkeiten in fast allen Gewerken wurde frühzeitig mit dem Fördermittelgeber Kontakt aufgenommen. Die Problematik ist dort bekannt und betrifft nicht nur Maßnahmen der Stadt Waldeck.

Es wurde eine Vereinbarung getroffen, dass zum Abrechnungsstichtag 15.10.2022 die bis dahin angefallenen Kosten abgerechnet werden und gleichzeitig ein Antrag auf Übertragung der Restmittel aus dem Haushaltsjahr 2022 in das Haushaltsjahr 2023 gestellt wird.

Die Fördergelder werden daher voraussichtlich ausgeschöpft werden können.

Frage 2: Welche Baumaßnahmen können in 2022 noch fertiggestellt werden?

Antwort: Voraussichtlich die Außenanlagen, die Gerüstbauarbeiten, die Zimmererarbeiten, die Dachdeckerarbeiten, der Einbau der Fenster und die Errichtung einer Außen-Stahltreppe.

Zu Punkt 3:

Genehmigung des Protokolls der Stadtverordnetensitzung am 21.07.2022

Das Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 21.07.2022 wird genehmigt.

Zustimmung wird erteilt

Zu Punkt 4:

Bericht aus dem Magistrat

Energieeinsparung:

Die Auswirkungen des Ukrainekrieges haben erhebliche Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit mit Energie, aktuell vor allem Gas und auch Strom. Hiervon betroffen ist auch die Stadt Waldeck, sowohl als Verbraucher, jedoch auch in ihrer Vorbildwirkung. Vor diesem Hintergrund hat der Magistrat folgenden 1. Maßnahmenkatalog zur Energieeinsparung beschlossen.

1. Stadthallen, Bürgerhäuser und Dorfgemeinschaftshäuser
 - a) Die Heizzeiten und Raumtemperaturen werden auf einheitlich 16 ° C angepasst,
 - b) Die Nutzer (Vereine, Gruppen) sollen dahingehend angesprochen werden, ob Gruppen zusammengelegt werden können, sodass die Zeiten der Nichtnutzung zusammenhängend sind und in Zeiten der Nichtnutzung die Raumtemperatur auf Vorhaltetemperatur heruntergefahren werden kann. Das Ziel sollte es sein, mehrere zusammenhängende Tage die Heizungsanlage mit der Vorhaltetemperatur zu betreiben.
2. Verwaltung, Bauhof
Die Raumtemperatur wird auf 19° C gesenkt (wie Kreishaus).
3. Kindertagesstätten
Die Raumtemperatur wird festgelegt auf 22° C (bisher 24° C).
4. Feuerwehrgebäude
Die Raumtemperatur wird in den verschiedenen Räumen entsprechend angepasst.
 - Versammlungsstätte und Umkleide: *max. 18° C*
 - Fahrzeughalle *max. 10° C*
5. Allgemein
 - Die Weihnachtsbeleuchtung wird bis maximal 22.00 Uhr betrieben.
 - Der Saunabetrieb soll auf 3 hintereinander folgende Tage reduziert werden.
 - Die Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung werden reduziert.
 - Die Bewässerung der Sportplätze in den einzelnen Stadtteilen wurde auf ein Mindestmaß reduziert.

Bautenstandsbericht:

- **Kläranlage Scheid Provisorium**

Die Bodenplatte ist fertiggestellt; derzeit läuft der Aufbau der Behälter, des Klarwasserabzugs, der Rechenanlage und Container; anschließend erfolgt die Verrohrung und die Kabelarbeiten. Die Fertigstellung des Provisoriums ist für Oktober vorgesehen.

- **Wegebauarbeiten Reiherbach, Stelzerstal und Uferpromenade**

Die Wegebauarbeiten am Reiherbachweg, im Stelzerstal und die Restarbeiten an der Uferpromenade sind fertiggestellt.

- **Krähenbergbrücke**

Die beauftragte Variantenuntersuchung durch IB Gröticke wird kurzfristig erwartet. Es steht noch eine Rückmeldung seitens HessenMobil hinsichtlich der Förderfähigkeit der Varianten aus.

- **„Altes Rathaus“ Freienhagen**

Mit der Ausführung der Außenanlagen wurde begonnen. Die Gerüstbauarbeiten, Zimmerarbeiten, Dachdeckerarbeiten sowie die Errichtung einer Stahltreppe sowie Einbau neuer Fenster sind beauftragt.

- **Abstellgebäude Höringhausen**

Der Rohbau, die Zimmerarbeiten und Wandverschalung sind fertiggestellt, das angrenzende Verbundsteinpflaster ist verlegt und mit den Dachdeckerarbeiten wurde begonnen. Die noch fehlende Tür u. Öffnungsklappe sind beauftragt.

- **Stützmauer „Alter Hof“ Waldeck**

Das erforderliche Sanierungskonzept wurde ausgearbeitet und der Auftrag erteilt. Die Ausführung erfolgt kurzfristig.

- **Verschlinkung der Mittelsäule im Saal des DGH Alraft**

Die Abfangkonstruktion wurde installiert und eine Gipskartonverkleidung angebracht; die Malerarbeiten sind inzwischen durchgeführt.

- **Malerarbeiten Fassade Dorfgemeinschaftshaus Ober-Werbe**

Die Ausschreibung ist zwar vorbereitet; die im Stadtgebiet ansässigen Fachbetriebe sind derzeit aber so stark ausgelastet, so dass eine Verschiebung der Ausführung in das Frühjahr 2023 in Erwägung gezogen wird.

Allgemein:

- Zur Optimierung der digitalen Kommunikation ist die Einführung einer Bürger-App zum nächstmöglichen Zeitpunkt geplant. Ein entsprechender Förderantrag ist beim Regionalmanagement der Region Kellerwald-Edersee bereits gestellt und bewilligt worden.

Zu Punkt 5:

**Gebührenkalkulation
Jährlicher Report – Satzungsjahr 2023**

Im Rahmen der Pflichtleistungen durch die Stadt Waldeck wahrzunehmenden Aufgaben gehören auch gebühren- oder beitragsfinanzierte Aufgaben und Leistungen. Zu den Gebühren bzw. beitragsfinanzierenden Leistungen gehören in den Haushalt der Stadt Waldeck die Abwasserbeseitigung (Produkt 53801), die Wasserversorgung (Produkt 53301), die Abfallwirtschaft (Produkt 53701) und das Friedhofs- und Bestattungswesen (Produkt 55301).

Die 4 sogenannten Gebührenhaushalte haben ein Aufwandsvolumen von ca. 3,8 Mio. Euro, sodass diese 4 Produkte rd. 23 % des Gesamthaushaltes der Stadt Waldeck beeinflussen. Unter Berücksichtigung des Produktes Kindergärten erhöht sich dieser Anteil sogar auf rd. 5,19 Mio. bzw. fast 32 %; d.h. rd. 1/3 des Gesamtetats der Stadt Waldeck ist grundsätzlich gebührenrelevant.

Eine rechtssichere und gerichtsfeste Gebührenkalkulation stellt für viele Kommunen, so auch für die Nationalparkstadt Waldeck, jedoch eine juristische und betriebswirtschaftliche Herausforderung dar. In der Folge sind die Gebühregrundlagen häufig mangelhaft und halten vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte einer juristischen Überprüfung kaum stand. Zudem werden meist bestehende finanzielle Spielräume bei der Gebührenberechnung nicht ausgeschöpft.

Den genannten Herausforderungen ist durch eine transparente, nachvollziehbare und rechtssichere Gebührenkalkulation zu begegnen, die nach einheitlichen, geprüften Gebühregrundlagen in eine belastbare Prognose der Gebührenentwicklung in den kommenden Jahren, eine erklärende Berichterstattung und letztendlich in rechtssichere Satzungen münden muss.

Die gesetzliche Vorgabe gem. § 41 (7) GemHVO regelt eindeutig, dass evtl. Gebührenüberschüsse spätestens am Ende des Bemessungszeitraums als Sonderposten für den Gebührenaussgleich zu bilanzieren sind.

Die zukünftige Gebührenkalkulation rechtssicher zu erstellen, kann angesichts der zahlreichen gesetzlichen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben nur durch fachliche Unterstützung gewährleistet werden. Zudem muss die aktuelle Rechtsprechung zur jeweiligen Thematik aufgegriffen werden und sich in der Gebührenkalkulation widerspiegeln. Neben juristischem Know-how sind fundierte betriebswirtschaftliche Kenntnisse notwendig, da einer Gebührenkalkulation ein komplexes Zahlenwerk zugrunde liegt.

Unter diesem Gesichtspunkt wurde bereits im letzten Jahr eine Neukalkulation der Abfallgebühren durch das Wirtschaftsberatungsunternehmen Eckermann und Krauss GmbH durchgeführt. Da zu Beginn des Jahres 2022 auf den „Wirklichkeitsmaßstab“ umgestellt wurde, fehlt zur realistischen Kalkulation der Gebührensätze für das kommende Jahr eine entsprechende Ergebnisgrundlage. Diese wird erst nach Beendigung des Haushaltsjahres 2022 vorliegen.

Das aktuelle Ergebnis der Haushaltsvollzugsberichtes macht aber deutlich, dass die im Vorjahr erfolgte Kalkulation absolut realistisch war; zum 30.06.2022 wurden bereits 46 % der veranschlagten Jahreseinnahmen erzielt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum konnten die Gebühreneinnahmen sogar um 3 % gesteigert werden, so dass die kalkulierten Gebühren absolut auskömmlich sind. Auch wenn im kommenden Haushaltsjahr 2023 mit höheren Aufwendungen bei der Entsorgung zu rechnen ist, kann aufgrund der bestehenden Ergebnisrücklage in Höhe von EUR 143.077,78 (Stand 31.12.2021) auf eine Gebührenerhöhung oder -anpassung bei den einzelnen Tonnengrößen verzichtet werden.

Im Bereich des Friedhofs- und Bestattungswesens wurde eine rechtssichere Neukalkulation der Friedhofsgebühren im Haushaltsjahr 2021 vorgenommen. Derzeit besteht kein Anlass, die festgesetzten Gebühren zu ändern.

Mit der Erstellung der Kalkulation von Wasser- und Abwassergebühren für das Haushaltsjahr 2023 wurde das Wirtschaftsberatungsunternehmen Eckermann und Krauss GmbH beauftragt.

Gemäß den Feststellungen des Hessischen Landesrechnungshofes sollen Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen nicht den Gebührenzahler entlasten, sondern gem. § 10 KAG bei der Gebührenkalkulation außer Betracht bleiben. Die vorgelegte rechtssichere Kalkulation der Abwasser- und Wassergebühren beinhaltet diese gesetzliche Vorgabe.

Das beauftragte Büro hat im Zuge der Kalkulation jedoch darauf hingewiesen, dass der seitens der Stadt Waldeck vorgegebene kalkulatorische Zins von 4% als viel zu hoch angesehen wird und aufgrund aktueller Rechtsprechung angepasst werden sollte.

Eine klare Vorgabe, welcher kalkulatorische Zinssatz angemessen ist, gibt es seitens des Gesetzgebers nicht; daher wurden verschiedene Varianten mit einem Zinssatz zwischen 1,5% und 3,0% kalkuliert. Nach eingehender und umfassender Beratung spricht sich der Magistrat dafür aus, einen kalkulatorischen Zinssatz in Höhe von 1,5% festzulegen.

Rechtsicher kalkuliert wurde auch die Höhe der Niederschlagswassergebühr. Derzeit wird eine Gebühr in Höhe von 0,25 EUR/m² befestigter Fläche erhoben; die bisherige Kalkulation beinhaltet einen städtischen Anteil in Höhe von EUR 550.000,00 für öffentliche Flächen.

Die aufgrund des realen Rechnungsergebnisses vorgelegte Kalkulation beinhaltet einen tatsächlichen öffentlichen Aufwand von rd. EUR 427.000,00; danach ergibt sich bei einem kalk. Zinssatz von 1,5% eine reale Niederschlagswassergebühr von 0,55 EUR/m².

Bei den Wassergebühren hatte sich eine erforderliche Erhöhung schon in den Vorjahren abgezeichnet. Nach Auflösung der noch vorhandenen Ergebnisrücklage ist eine Anpassung auf eine rechtsichere kalkulierte Gebühr in Höhe von 2,41 EUR /m³ netto zzgl. 7% USt leider unumgänglich.

Bürgermeister Vollbracht erläutert die Beschlussvorlage.

Finanzausschussvorsitzende Berthold und Bauausschussvorsitzender Litschel berichten aus den Ausschüssen.

Nach Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen stellt Fraktionsvorsitzender Hamamiyeh Al-Homssi (SPD) einen **Antrag zur Vertagung** zu Punkt 5).

Abstimmungsergebnis zur Vertagung:

Ablehnung wird erteilt

1 Stadtverordnete/r hat bei dieser Abstimmung nicht teilgenommen.

Fraktionsvorsitzender Schanner (Grüne) begrüßt ein Staffelformat zu Punkt 5) und stellt einen **Änderungsantrag**:

- 5) **Die Niederschlagswassergebühr unter Berücksichtigung eines städtischen Kostenanteils in Höhe von EUR 427.048,00 auf**
0,35 €/m² für das Haushaltsjahr 2023
0,45 €/m² für das Haushaltsjahr 2024 und
0,55 €/m² für das Haushaltsjahr 2025 festzusetzen.

Geänderter Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt aufgrund der vorgestellten Gebührenkalkulation für das Haushaltsjahr 2023 wie folgt:

- 1) **die Abfallgebühren unverändert zu lassen.**

Zustimmung wird erteilt

- 2) **die Friedhofs- und Bestattungsgebühren unverändert zu lassen.**

Zustimmung wird erteilt

- 3) **die Wassergebühr wird auf Grundlage der vorgelegten Kalkulation des Büros Eckermann & Krauß zum 01.01.2023 auf 2,41 EUR/m³ zzgl. 7% USt festgesetzt.**

Zustimmung wird erteilt

- 4) **die Abwassergebühr unter Berücksichtigung eines kalkulatorischen Zinssatzes von 1,5% und gemäß den gesetzlichen Vorgaben des KAG, unverändert bei 5,10 EUR/m³ zu belassen.**

Zustimmung wird erteilt

- 5) **Die Niederschlagswassergebühr unter Berücksichtigung eines städtischen Kostenanteils in Höhe von EUR 427.048,00 auf 0,35 €/m² für das Haushaltsjahr 2023 0,45 €/m² für das Haushaltsjahr 2024 und 0,55 €/m² für das Haushaltsjahr 2025 festzusetzen.**

Abstimmungsergebnis zum **Änderungsantrag** der Grünen:

Zustimmung wird erteilt

- 6) **Die Gebühr für die Abholung und Behandlung von Schlamm aus Kleinkläranlagen und Abwasser aus Gruben auf EUR 45,00 EUR/m³ (Schlamm aus Kleinkläranlagen) bzw. EUR 36,00 (Abwasser aus Gruben) festzusetzen.**

Zustimmung wird erteilt

Die entsprechenden Satzungen in den Bereichen Entwässerung und Wasser sind abzuändern und über den Magistrat der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Zu Punkt 6:

1. Nachtrag zur Entgeltordnung für die Benutzung der Stadthallen, Bürgerhäuser, Dorfgemeinschaftshäuser und Gemeinderäume der Nationalparkstadt Waldeck

Bedingt durch die derzeitigen kriegerischen und politischen Konflikte und er damit Verbundenen Lieferengpässe und Verknappungen der Energien haben sich die Energiekosten drastisch verteuert. Diese Verteuerung betrifft auch die städtischen Einrichtungen.

Die bisher angesetzten Prozentzahlen für die Inanspruchnahme der Heizung in den Stadthallen usw. sind daher anzupassen, um die Erhöhung der Heizkosten auf die gebührenpflichtigen Nutzer umzulegen.

Da sich laut Medienberichten die Energiekosten fast verdoppelt haben, wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen den Heizkosten-Prozentsatz für die gebührenpflichtige Nutzung von

derzeit 30 auf 50 anzuheben und die Entgeltordnung durch den anliegenden 1. Nachtrag entsprechend zu ändern.

Redaktionell ist die bisherige Bezeichnung Stadt Waldeck in Nationalparkstadt Waldeck abzuändern.

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den 1. Nachtrag zur Entgeltordnung für die Benutzung der Stadthallen, Bürgerhäuser, Dorfgemeinschaftshäuser und Gemeinderäume der Nationalparkstadt Waldeck zu beschließen.

Finanzausschussvorsitzende Berthold und Bauausschussvorsitzender Litschel berichten aus den Ausschüssen und teilen mit, dass der Antrag in der gestellten Form abgelehnt wurde.

Fraktionsvorsitzender Hamamiyeh Al-Homssi (SPD) bemängelt die fehlenden kalkulatorischen Werte in der vorliegenden Beschlussvorlage.

Nach weiteren Stellungnahmen zu diesem Tagesordnungspunkt der Fraktionen erfolgt die Beschlussfassung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den 1. Nachtrag zur Entgeltordnung für die Benutzung der Stadthallen, Bürgerhäuser, Dorfgemeinschaftshäuser und Gemeinderäume der Nationalparkstadt Waldeck.

Ablehnung wird erteilt

Zu Punkt 7:

1. Nachtrag zur Friedhofsordnung und 1. Nachtrag der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Nationalparkstadt Waldeck

Durch unterschiedlichste Einflüsse und Ereignisse hat sich im Laufe der Zeit auch in der Nationalparkstadt Waldeck eine Bevölkerungsvielfalt an unterschiedlichsten Nationalitäten, religiösen Glaubensrichtungen und Weltanschauungen entwickelt und diese Personen haben hier eine neue Heimat gefunden.

Diese kulturelle Vielfalt der Bevölkerung hat u.a. zur Folge, dass die Regelungen an die Ansprüche der verschiedensten Glaubensrichtungen und Weltanschauungen im Bestattungswesen angepasst werden müssen.

Hierzu soll die derzeitige Friedhofsordnung um folgenden Wortlaut ergänzt werden:

„Auf allen Friedhöfen wird jede gesetzlich zulässige Form der Bestattung ermöglicht“.

Weiterhin ist durch Nachkauf eine Verlängerung der Grabstellen durch die Nutzungsberechtigten nach Ablauf der 30-jährigen Ruhefrist zu ermöglichen, da in anderen Glaubensrichtungen und Weltanschauungen auch längere Ruhefristen vorgesehen sind.

Bei der Festsetzung der Nutzungszeiten für Wahlgrabstätten ist jedoch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (DÖV 1974, S. 390) zu beachten, wonach diese Frist länger zu bemessen ist, als die Ruhefrist bei Reihengrabstätten, um den Wesenskern und die eigentliche Zweckbestimmung der Wahlgrabstätten zu gewährleisten, die in der Belassung einer Ruhestätte für die Verstorbenen der Familie auf angemessene Zeit gewährleisten soll.

Vor diesem Hintergrund wurde die Verlängerung der Nutzungsfrist bei Reihengräbern auf einmalig 10 Jahre festgelegt, wobei die Nutzungszeit von Wahlgrabstätten schon jetzt satzungsgemäß individuell möglich ist – auch über einen Zeitraum von 10 Jahren hinaus bis zur einer Höchstdauer von weiteren 29 Jahren. Die Abrechnung der Gebühren für die Verlängerung der Nutzungsfrist bei Reihengräbern soll analog der Verlängerung der Nutzungsrechte an Wahlgrabstätten erfolgen.

Weiterhin ist zu ändern, dass in jeder Grabstelle während des Laufs der Ruhefrist grundsätzlich nur eine Erdbestattung und eine Urnenbestattung vorgenommen werden kann.

Des Weiteren ist noch zu ändern, dass auch für Bestattungen an Samstagen ein Zuschlag von 40 % auf die Grabherstellungskosten berechnet wird, da dieser Zuschlag vertragsgemäß auch von der Nationalparkstadt Waldeck an die mit dem Grabaushub beauftragte Firma zu entrichten ist.

Die vorstehenden Regelungen wurden im Entwurf des 1. Nachtrags zur Friedhofordnung und im 1. Nachtrag der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung eingearbeitet bzw. ergänzt.

Redaktionell ist die Bezeichnung Stadt Waldeck in Nationalparkstadt Waldeck abzuändern.

Finanzausschussvorsitzende Berthold und Bauausschussvorsitzender Litschel berichten aus den Ausschüssen und empfehlen die Zustimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Nachtrag zur Friedhofsordnung der Nationalparkstadt Waldeck

Artikel 1

In § 3 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

Auf allen Friedhöfen wird jede gesetzlich zulässige Form der Bestattung ermöglicht.

Artikel 2

In § 16 (Grabbelegung) wird im Absatz 1 das Wort „oder“ durch die Worte „und eine“ ersetzt.

(1) In jeder Grabstelle darf während des Laufs der Ruhefrist grundsätzlich nur eine Erdbestattung ~~oder~~ und eine Urnenbestattung vorgenommen werden.

Artikel 3

In § 18 (Definition einer Reihengrabstätte) wird der Satz 3 wie folgt geändert und Satz 4 neu eingefügt:

~~„Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechts an einer Reihengrabstätte oder eine Verlängerung des Nutzungsrechts ist nicht möglich.“~~ Auf Antrag des Nutzungsberechtigten kann das Nutzungsrecht bis zur Wiederbelegung einer Reihengrabstätte einmalig um bis zu 10 Jahre verlängert werden. § 9 Abs. 3 der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung ist analog anzuwenden.

Artikel 4

Dieser 1. Nachtrag der Friedhofsordnung tritt zum 01.10.2022 in Kraft.

Fraktionsvorsitzender Hamamiyeh Al-Homssi (SPD) stellt folgenden

Änderungsantrag:

Zu Artikel 3

In § 18 (Definition einer Reihengrabstätte) wird der Satz 3 wie folgt geändert und Satz 4 neu eingefügt:

Auf Antrag des Nutzungsberechtigten kann das Nutzungsrecht bis zur Wiederbelegung einer Reihengrabstelle jeweils um 10 Jahre verlängert werden. § 9 Abs. 3 der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung ist analog anzuwenden.

Zu Artikel 4 (neu)

In § 21 Abs 1 wird der 4.-letzte Satz wie folgt geändert:

Das Nutzungsrecht kann wiedererworben oder verlängert werden.

§ 21 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

Unter einem Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Wahlgrabstätte ist die Einräumung einer weiteren Nutzungszeit zu verstehen. Auf Antrag des Nutzungsberechtigten kann das Nutzungsrecht bis zur Wiederbelegung einer Wahlgrabstätte jeweils um 10 Jahre verlängert werden.

Der Wiedererwerb und die Verlängerung ist von der Entrichtung einer entsprechenden Gebühr gemäß Friedhofsgebührenordnung abhängig.

Zu Artikel 5 (neu)

Dieser 1. Nachtrag der Friedhofsordnung tritt zum 01.10.2022 in Kraft.

Zustimmung wird erteilt

1. Nachtrag der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Nationalparkstadt Waldeck

Artikel 1

In § 6 Abs. 3 ist der Wortlaut wie folgt zu ändern:

*Für Bestattungen außerhalb der Bestattungszeiten gemäß § 10 Abs. 4 der Friedhofsordnung sowie an **Samstagen**, Sonn- und Feiertagen wird ein Zuschlag in Höhe von 40 % der vollen Gebühr gem. Abs. 1 und 2 berechnet.*

Artikel 2

Der 1. Nachtrag der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Nationalparkstadt Waldeck tritt zum 01.10.2022 in Kraft.

Zustimmung wird erteilt

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den geänderten Entwurf des 1. Nachtrags zur Friedhofsordnung und den 1. Nachtrag der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung der Nationalparkstadt Waldeck.

Zustimmung wird erteilt

Zu Punkt 8:

Haushaltsvollzugsbericht der Stadt Waldeck – 2. Quartalsbericht 2022

Fragen seitens der Stadtverordneten werden vom Bürgermeister Vollbracht beantwortet.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorgelegten Haushaltsvollzugsbericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 9:

Benennung und Widmung der zukünftigen Anliegerstraßen im Baugebiet „Salzäcker“ im Stadtteil Waldeck

Die Planungen im Neubaugebiet „Salzäcker“ sind soweit fortgeschritten, dass die Investorengemeinschaft in Kürze mit den Erschließungsarbeiten beginnen kann. In diesem Zuge werden die entstehenden Grundstücke im Zuge eines Umlegungsverfahrens gem. §§ 80 – 84 BauGG endgültig vermessen und vermarktet.

In diesem Zusammenhang soll auch gleichzeitig die Benennung und Widmung der Anliegerstraßen erfolgen.

Gemäß § 4 des Hessisches Straßengesetzes (HStrG) erfolgt die Widmung einer Straße für den öffentlichen Verkehr durch den Träger der Straßenbaulast. Voraussetzung für die Widmung ist, dass der Träger der Straßenbaulast Eigentümer des der Straße dienenden Grundstücks ist. Die Widmung ist in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt zu machen.

Seitens des Ortsbeirates Waldeck wurden folgende Bezeichnungen für die zukünftigen Anliegerstraßen im Neubaugebiet „Salzäcker“ vorgeschlagen:

- „Zum Katzenstein“,
- „Auf den Salzäckern“
- „Zum Seeblick“

Seitens des Magistrates wurde einstimmig beschlossen, dieser Beschlussempfehlung zu folgen und den Straßen im Neubaugebiet „Salzäcker“ im Stadtteil Waldeck die Bezeichnung „Zum Katzenstein“, „Auf den Salzäckern“ und „Zum Seeblick“ zu geben und sie als Anliegerstraße zu widmen.

Finanzausschussvorsitzende Berthold und Bauausschussvorsitzender Litschel berichten aus den Ausschüssen und empfehlen die Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Anliegerstraßen im Neubaugebiet „Salzäcker“ im Stadtteil Waldeck mit den Bezeichnungen „Zum Katzenstein“, „Auf den

Salzäckern“ und „Zum Seeblick“ zu versehen und gleichzeitig gem. § 4 HStrG als Anliegerstraße zu widmen.

Zustimmung wird erteilt

Zu Punkt 10:

Anfrage der SPD-Fraktion zur Jugendarbeit in der Nationalparkstadt Waldeck

Bürgermeister Vollbracht beantwortet die Anfrage wie folgt:

Kinder und Jugendliche sollen sich in der Nationalparkstadt Waldeck wohlfühlen und in einem Umfeld aufwachsen, das sie fördert und unterstützt. So können sie ihre Kompetenzen entfalten und die ihnen zur Verfügung stehenden Potentiale nutzen. Diese sogenannte kommunale Jugendpolitik ist eine wichtige Aufgabe von Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung.

Frage 1: Wie wird Jugendarbeit in der Nationalparkstadt Waldeck definiert?

Antwort: Die offizielle Jugendarbeit ist ein Teil der Jugendhilfe. Sie wird im Kinder- und Jugendhilfegesetz geregelt. Sie ist ein weiterer Bildungsbereich, der Kindern und Jugendlichen außerhalb von Schule und Beruf angeboten wird – z.B. von Vereinen, Verbänden oder kirchlichen Institutionen.

Im Unterschied zur Jugendarbeit handelt es sich bei der Jugendsozialarbeit um sozialpädagogische Fachangebote, die mit individuellen Hilfen auf einzelne Jugendliche bzw. bestimmte Gruppen von Jugendlichen zugeschnitten sind.

Frage 2: Welche Haushaltsmittel stehen seit 2018 für die Jugendarbeit zur Verfügung?

Antwort: Die Förderung der Jugend wird nicht unter einer Kostenstelle im Haushalt zusammengefasst, sondern ist ein breit gefächertes Spektrum, welches viele Produktbereiche umfasst. Die konkrete Benennung von Haushaltsmitteln ist nicht ohne weiteres möglich und bedarf einer umfangreichen Recherche der einzelnen Produktbereiche und Kostenstellen der jeweiligen Jahresrechnungen.

Exemplarisch seien aber die laufenden Zuschüsse für die Vereinsjugend nach den Richtlinien für die Vereinsförderung der Stadt Waldeck, der jährliche Zuschuss an den Mädchenbus Nordhessen e.V., der Zuschuss zur Schulsozialarbeit, Beihilfen für Jugendfreizeiten, Vergünstigungen für die Jugendfeuerwehren oder die kostenlose Nutzung von städtischen Gebäuden durch die Landjugend in verschiedenen Ortsteilen, z.B. in Nieder-Werbe oder Freienhagen, genannt. Allein der freie Eintritt für Jugendliche im Freibad Freienhagen wurde in dieser Badesaison mit einem Betrag in Höhe von 10.100,00 EUR gefördert.

Frage 3: Gibt es konkrete Projekte, die durch die Nationalparkstadt Waldeck von 2018 bis heute realisiert wurden, wenn ja welche?

Antwort: Neufassung der Jugendförderung in der Vereinsförderung; Beteiligung an der Schulsozialarbeit, Förderung der Jugendfeuerwehren, freier Eintritt für Jugendliche in das Freibad Freienhagen; Unterstützung der kirchlichen Jugendarbeit.

Frage 4: Besteht in der Nationalparkstadt ein Konzept für das Thema Jugendarbeit?

Antwort: Nein – jedoch verschiedene Richtlinien und Absprachen (Vereinsförderung, Schulsozialarbeit, Vergünstigungen etc.)

Fraktionsvorsitzender Hamamiyeh Al-Homssi erkundigt sich zur Höhe des städtischen Anteils an der kirchlichen Jugendarbeit und fragt nach deren inhaltlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten der Stadt Waldeck. Darüber hinaus moniert Fraktionsvorsitzender Hamamiyeh Al-Homssi, dass die Frage 2 nicht detailliert beantwortet werden konnte.

Lt. Bürgermeister Vollbracht besteht die Möglichkeit einer inhaltlichen Mitgestaltungsmöglichkeit für die Stadt Waldeck. Die Höhe der jährlichen Förderung wird dem Protokoll als Protokollnotiz beigefügt.

Protokollnotiz:

Die Höhe der jährlichen Förderung der kirchlichen Jugendarbeit erfolgt projektbezogen und belief sich im Haushaltsjahr 2021 auf 1.500,00 EUR.

Zu Punkt 11:

**Veräußerung des Grundstücks des ehemaligen Ferienkindergartens in Waldeck-See
a) Vorstellung des Konzeptes (öffentlicher Teil)**

Das Grundstück des ehemaligen Ferienkindergartens in Waldeck-See steht im Eigentum der Stadt Waldeck. Eine sinnvolle Nutzung des Gebäudes ist schon seit Jahren nicht mehr gegeben.

Im Zuge der Verhandlungen mit einem potentiellen Investor zur Nutzung des Grundstücks hat die Stadtverordnetenversammlung der Nationalparkstadt Waldeck in ihrer Sitzung am 22.02.2022 die Angelegenheiten ohne Beschlussfassung an den Magistrat zurückgewiesen verbunden mit dem Auftrag die geplante Vermarktung öffentlich bekannt zu geben.

Das ist zwischenzeitlich erfolgt. Interessenten konnten bis zum 15. Juli 2022 ein entsprechendes Gebot und ein Nutzungskonzept abgeben. Insgesamt sind 8 Angebote eingegangen. Die eingegangenen Angebote wurden in der Sitzung des Magistrates am 04. August 2022 näher vorgestellt.

Anschließend wurde vom Magistrat als weitere Vorgehensweise festgelegt, dass die vier Angebote mit dem augenscheinlich tragfähigsten touristischen Konzept ihr Angebot in einer gesonderten Sitzung dem Magistrat und dem Ältestenrat vorgestellt werden, was am 24. August 2022 erfolgt ist. Im Verlauf dieser gemeinsamen Sitzung konnten vier Bieter ihre Gebote und Konzepte anschließend persönlich vorstellen und erläutern.

Das Nutzungskonzept der Edersee Immobilien GmbH i. G., Frankfurt, zur Errichtung und Betrieb drei hochwertiger Ferienhäuser zur Vermietung an Feriengäste sowie die Errichtung und der Betrieb einer hochwertigen Gastronomie hat alle Anwesenden überzeugt und es wurde festgelegt, dass die Beschlussfassung der Veräußerung des Grundstückes incl. aufstehendem ehemaligen Ferienkindergarten per Tischvorlage noch in der Stadtverordnetensitzung am 13.09.2022 erfolgen soll.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind die Geschäftsführer der Edersee Immobilien GmbH i.G. aus Frankfurt, Herr Behle und Herr Stark, anwesend und stellen das Projekt eingehend anhand einer umfassenden Präsentation vor.

Offene Fragen seitens Stadtverordneten werden von den Vertretern beantwortet.

TOP 11 b) „Abstimmung“ wird nach TOP 12 beraten und beschlossen.

Zu Punkt 12:

Verschiedenes

12.1 Verkehrskonzept Edersee

Fraktionsvorsitzender Merhof (FDP) erkundigt sich, ob das Verkehrskonzept den Stadtverordneten noch vorgestellt wird. Bürgermeister Vollbracht teilt mit, dass das Sonderverkehrskonzept bereits vorläge.

12.2 Marktplatz Waldeck

Stadtverordnete Herzog-Reinhard erkundigt sich nach dem geplanten Baubeginn. Bürgermeister Vollbracht gibt den 04.10.2022 als geplanten Beginn an.

12.3 Kindergartenkommission

Stadtverordneter Baureis erkundigt sich, ob seitens des Magistrats ein Termin zur nächsten Sitzung der Kindergartenkommission festgelegt wurde. Bürgermeister Vollbracht antwortet, dass ein Termin noch vor den Herbstferien geplant sei.

12.4 Ablauf HH-Auswirkungen

Fraktionsvorsitzender Merhof bittet darum, für die nächsten Sitzungen die Berichte der gewählten Vertreter/innen aus den Zweckverbänden und Verbandsversammlungen vorzusehen. Stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Staude will diese Frage an den Stadtverordnetenvorsteher Pilger weitergeben.

12.5 Bürgerwald Netze

Bürgermeister Vollbracht informiert über den Sachstand zum Bürgerwald Netze. Stadtverordneter Schmal stellt die Frage, ob ein Bürgerwald in Sachsenhausen anstünde. Hierzu antwortet Bürgermeister Vollbracht, dass dies bislang nicht angedacht sei.

Zu Punkt 11:

Veräußerung des Grundstücks des ehemaligen Ferienkindergartens in Waldeck-See b) Abstimmung (unter Ausschluss der Öffentlichkeit)

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Veräußerung des ehemaligen Ferienkindergartens in Waldeck-See.

Die Öffentlichkeit wird um 23:32 Uhr wieder hergestellt.

Stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Staude teilt das Ergebnis des Beschlusses der Öffentlichkeit mit und beendet die Sitzung.

Sitzungsende: 23.35 Uhr

34513 Waldeck, 23.09.2022

gez.: Jürgen Staude, stellv. Stadtverordnetenvorsteher

gez.: Lilli Drews, Schriftführerin